

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 118 | Mai-Juni | 2006

Leitartikel

## Sozialdienstleistungen, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind

**D**er erste Teil des Gemeinschaftsprogramms zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung unterstützt Analyse- und Forschungsarbeiten, mit dem Ziel, das Verständnis der Armut und sozialen Ausgrenzung in Europa zu verbessern. In seinem Rahmen wurden insbesondere Studien zu so verschiedenen Themen wie Kleinstkredite, statistische Indikatoren, kulturelle Teilhabe und Kinderarmut finanziert.

Die Forschung ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes, den die unterschiedlichsten Akteure gegen soziale Missstände führen. Die Analyse sollte sich natürlich nicht nur auf einen statistischen Ansatz beschränken, sondern muss einen umfassenden Überblick über alle Faktoren anstreben, die Armut und soziale Ausgrenzung verursachen. Dieser feinere und qualitative Ansatz muss allgemein zugänglich sein, um die Kluft zu schließen, die sich zwischen der akademischen Welt, der Zivilgesellschaft und der Politik auftun kann.

Nur, wenn dieses Dreieck der Akteure harmonisch aufgebaut ist, besteht die Hoffnung, dass die Welt eines Tages frei von Armut sein wird: Erst wenn der multidimensionale Charakter der Armut wirklich verstanden wird, können alle relevanten Akteure die geeigneten Maßnahmen zugunsten für bzw. gemeinsam mit den Menschen ergreifen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind.

Das Problem besteht darin, dass diese Studien häufig, sobald sie veröffentlicht sind, langsam aber sicher in Vergessenheit geraten ... einmal ganz davon abgesehen, dass sie nur einem ausgewählten Kreis von Akteuren bekannt und zugänglich sind. Die vorliegende Spezialausgabe von Nachrichten aus dem Netz möchte daher dieses Manko durch einen „Makroblick“ auf die Forschungsgebiete und Ergebnisse gutmachen, in der Hoffnung, die Leserinnen und Leser dazu anzuregen, einmal genauer zu betrachten, was die Forschung so alles unter dem Mikroskop entdeckt hat.

V. Forest

Forschungsergebnisse siehe unter:

[http://ec.europa.eu/comm/employment\\_social/social\\_inclusion/studies\\_en.htm](http://ec.europa.eu/comm/employment_social/social_inclusion/studies_en.htm)

## FORSCHUNG ZUM THEMA EINGLIEDERUNG

### INHALT

- Die Roma sind einer weitverbreiteten Diskriminierung ausgesetzt 2
- Unwürdige Wohnverhältnisse für Migranten 2
- Die Vererbung der Armut von Generation zu Generation 3
- Schulen der zweiten Chance in Griechenland 4
- Kleinstkredite für soziale Eingliederung 5
- Selbständige Erwerbstätigkeit in Rumänien 5
- Zugang zu Kultur ist ein Grundrecht 6
- Die digitale Kluft 6
- Regionale Indikatoren für Armut 7
- Die Laeken-Indikatoren 8

### Nachrichten aus Norwegen

- Das zweitreichste Land der Welt 9
  - Norwegen und die EU: Eine lange Geschichte 9
  - EAPN Norwegen, ein Partnernetzwerk 10
  - Sozialhilfe in Norwegen 10
- 
- Impressum 11

## Unwürdige Wohnverhältnisse für Migranten

In der EU sind Angehörige ethnischer Minderheiten und Immigranten mehr als andere Gruppen dem Risiko der Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt ausgesetzt.

In Frankreich haben mehrere Studien die schlechten Wohnbedingungen insbesondere von Türken, Algeriern, Marokkanern und Schwarzafrikanern ins Licht gerückt. Im Vereinigten Königreich sind Bangladescher, aus dem karibischen Raum stammende Immigranten und Afrikaner in Sozialwohnungen, Hochhäusern und beengten Wohnverhältnissen überrepräsentiert. Eine ethnische Segregation im Wohnungssektor ist in den letzten Jahren auch in Schweden festzustellen. In Belgien und Spanien, wo Wohnungs- oder Hauseigentum vorherrscht, ist die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit eher mit niedriger Wohnqualität verbunden als mit Unterschieden bezüglich des Eigentums. In Ungarn, Rumänien und Slowenien gibt es nur wenige Immigranten, doch leiden die Roma unter einer Reihe von sozioökonomischen Nachteilen, die sich in ihrer schlechten Wohnumgebung widerspiegeln. Schlechte Wohnverhältnisse und die Isolation ihrer Gemeinschaften im Stadtgefüge gehören zu den trennschärfsten Indikatoren für die Armut, der die Roma in diesen Ländern ausgesetzt sind.

Quelle: "Policy measures to ensure access to decent housing for migrants and ethnic minorities"

## THEMATISCHE STUDIEN

### Die Roma in der erweiterten Europäischen Union

**Roma, Zigeuner und Fahrende ("Travelers") sind im heutigen Europa immer noch einer weitverbreiteten Diskriminierung ausgesetzt.**

**D**ie Roma sind die größte ethnische Minderheit der Europäischen Union. Zwar stehen keine genauen Zahlen zur Verfügung, doch liegt ihre Gesamtzahl in Europa möglicherweise bei über zehn Millionen. Die Studie "Die Situation der Roma in der erweiterten Europäischen Union" analysiert die weitverbreitete Diskriminierung und soziale Ausgrenzung, denen Roma, Zigeuner und Fahrende auf vielen Gebieten ausgesetzt sind.

#### Bildung

In der Tschechischen Republik sind 75 % der Romakinder im Grundschulalter in Sonderschulen eingeschult. In Deutschland gehen nur die Hälfte der Kinder von Sinti und Roma zur Schule, und von denjenigen, die es tatsächlich tun, besucht eine große Anzahl - in einigen Gebieten bis zu 80 % - eine Sonderschule. In Spanien haben sich in den letzten Jahren viele staatliche Schulen, insbesondere in Gebieten mit einer großen Romabevölkerung, zu Problemschulen entwickelt. Rassistische Segregationen in der Bildung werden auch aus Frankreich, Dänemark und dem Vereinigten Königreich gemeldet.

#### Beschäftigung

Roma und weitere Gruppen, die als "Zigeuner" angesehen werden, stoßen auf dem

Arbeitsmarkt auf beträchtliche Hürden und sind daher in unverhältnismäßig hoher Zahl arbeitslos: Im Jahr 2003 waren 87,5 % der slowakischen Romabevölkerung arbeitslos, im Vergleich mit einer Arbeitslosenquote von 14,2 % für die Gesamtbevölkerung.

Hier kommt noch hinzu, dass Arbeitgeber in einigen Ländern versuchen, bei den Arbeitsämtern Verzeichnisse mit der Bemerkung "Roma brauchen sich nicht zu bewerben" einzureichen. Leider haben die Arbeitsämter in einigen Fällen in der Liste mit Arbeitssuchenden manchmal auch deren ethnische Zugehörigkeit vermerkt, sodass die eventuell in Frage kommenden Arbeitgeber gleich sehen konnten, wer "Zigeuner" ist.

#### Wohnverhältnisse

Viele Roma in ganz Europa leben unter oder sogar weit unter den üblichen Wohnbedingungen, oft in Slums oder auf Stellplätzen. In manchen Ländern berichten die Roma, dass "uns der Boden unter den Füßen genommen wird", weil sie massenweise durch Zwangsräumungen aus Wohnungen oder Gemeinden abgeschoben

oder weil Sozialwohnungen verkauft werden. In Kleinstädten und insbesondere Großstädten kommt es oft vor, dass sich Roma um Sozialwohnungen bewerben und diese nicht erhalten, oder sie erhalten sie nur, wenn die betreffende Gemeinde ein spezielles Programm für die Versorgung der Roma mit Wohnraum aufgelegt hat.

"Uns wird der  
Boden unter den  
Füßen genommen"

## Gesundheitsfürsorge

Es wird immer wieder berichtet, dass unter den Roma sehr ernsthafte Gesundheitsgefahren wie Tuberkulose herrschen. Obwohl die Roma, genau wie andere Gemeinschaften, immer stärker vom Drogenmissbrauch gefährdet sind, gefährden schlechte sozioökonomische Bedingungen, wie die, denen die Roma ausgesetzt sind, bekannterweise Einzelpersonen und Gemeinschaften. Zwar gibt es nur geringe zuverlässige Informationen, doch scheint der Drogenmissbrauch in einigen Roma-Gemeinschaften anzusteigen.

## Soziale Sicherheit und Schulden

Einige Länder haben in den letzten Jahren ihre Rechtsvorschriften dahingehend geändert, dass Roma keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben. In mehreren Fällen wurde über unmittelbare Diskriminierung von Roma im Bereich des Sozialschutzes berichtet. Bei der Zuteilung von Sozialleistungen wenden in Rumänien beispielsweise einige lokale Behörden nach Ermessen und in rassistisch motivierter, diskriminierender Weise Bedürftigkeitsprüfungen an.

Zinswucher hat den Kreislauf der Armut vieler Roma-Gemeinschaften vertieft. Es wird berichtet, dass die Zinsraten bis zu 100 % oder sogar mehr betragen und dass Gewalttätigkeiten oder Androhungen von Gewalt bei der Schuldeneintreibung häufiger als früher vorkommen.

## Fehlende Personaldokumente und Staatenlosigkeit

In ganz Europa stellen für die Roma fehlende Personaldokumente ein ernstes Hindernis bei der Ausübung von Grundrechten und ihrem Zugang zu für die soziale Eingliederung wichtigen Dienstleistungen dar. So ist es zum Beispiel einer großen Anzahl von Roma in der Slowakei nicht möglich, Zugang zu einer Reihe grundlegender Dienstleistungen zu erhalten, da sie keine Aufenthaltspapiere vorweisen können. Im Extremfall haben Roma keine Staatsangehörigkeit, und so hat sich für die Roma in einigen Ländern das überaus beängstigende Phänomen der Staatenlosigkeit ergeben.

Quelle: "Die Situation der Roma in der erweiterten Europäischen Union"

# Die Vererbung der Armut von Generation zu Generation vermeiden

## Die Bekämpfung der Armut unter Kindern und Jugendlichen steht an der Spitze der EU-Agenda.

In den letzten zwanzig Jahren sind die Kinderarmutsraten in Europa vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Änderungen und Übergangszeiten stark angestiegen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Hohe Arbeitslosenquoten, befristete und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, sich ändernde Familienstrukturen, deren Folge auch eine wachsende Anzahl Alleinerziehender ist, usw.

Im Jahr 2001 lebten 19 % der abhängigen Kinder unter 16 Jahren in der EU in Haushalten mit niedrigem Einkommen (gegenüber 15 % der Erwachsenen). Die nationalen Kinderarmutsraten pendeln jedoch zwischen etwa 5 % in den nordischen Ländern und 27 % in Portugal. Finanzielle Armut ist häufig nur eine Fassade schlechter Lebensumstände, die die Entwicklung der Kinder und ihre zukünftigen Chancen beeinträchtigen.

Gesundheitliche Probleme, ein niedriger Bildungsstand, eine geringe Selbstachtung und ein geringes Wohlbefinden, Verhaltensauffälligkeiten und eingeschränkte soziale Kontakte gehören zu den Problemen, denen arme Kinder häufiger ausgesetzt sind als Kinder aus Familien mit einem besseren finanziellen Hintergrund.

## Kinderarmut sichtbar machen

Vor diesem Hintergrund ist Kinderarmut vielen EU-Mitgliedstaaten ein ernstes Anliegen geworden, und es werden Versuche unternommen, die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder zu verringern und die Vererbung der Armut von Generation zu Generation zu vermeiden. Die erzielten Fortschritte fallen jedoch sehr unterschiedlich aus: Einige Länder setzen sich klare Ziele für die Beseitigung der Kinderarmut, andere haben eben erst begonnen, Strategien zu entwickeln, und manche Mitgliedstaaten wiederum sehen Kinderarmut noch nicht als politische Priorität

## Schulen der zweiten Chance

Schulen der zweiten Chance sind in Griechenland ein Programm, das Schulabbrechern über 18 Jahren die Möglichkeit gibt, die obligatorische Schulzeit zu beenden und so die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Die erste Schule der zweiten Chance ("Second Chance School", SCS) wurde in West-Athen eröffnet. Das Programm wird mittlerweile auf nationaler Ebene umgesetzt und umfasst 32 SCS. Finanziert wird es zu 75 % aus dem Europäischen Sozialfonds und zu 25 % aus nationalen Mitteln. Das Programm umfasst folgende Hauptaktivitäten:

- ~ Ausweitung und Verbesserung der SCS;
- ~ Erwachsenenbildung und die Vermittlung grundlegender Fähigkeiten für eine effektive Integration in den Arbeitsmarkt und eine erfolgreiche soziale Eingliederung;
- ~ Griechischkurse für erwachsene Migranten.

Die in den SCS angewandte pädagogische Methode beruht auf einer sehr engen und persönlichen Lehrer-Schüler-Beziehung, die durch kleine Klassen zusätzlich begünstigt wird. Integrale Bestandteile dieser Schulen sind die Anwendung von projektbezogenen Methoden, die Öffnung der Schule für die lokale Gemeinde, die Achtung der Bedürfnisse der Schüler, innovative Lehrmethoden und eine alternative Bewertung der Schüler.

Siehe:

<http://www.ekep.gr/english/education/deuteris.asp>

an. In diesem Zusammenhang ist es Ziel der Studie über Kinderarmut, die Situation der von Armut betroffenen Kinder in Europa sichtbar zu machen und die Entwicklung kohärenter Strategien zu unterstützen, um einerseits Kinderarmut zu bekämpfen und zu verhindern und um andererseits die soziale Eingliederung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Als Beispiel untersucht der Bericht die Situation in sechs EU-Mitgliedstaaten, nämlich in Frankreich, Deutschland, Griechenland, den Niederlanden, Schweden und im Vereinigten Königreich. Zum Vergleich wurden auch die Vereinigten Staaten einbezogen.

### Jugendarbeitslosigkeit und Schulabbrüche

Eine weitere Studie, die 13 Länder betraf (Österreich, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Spanien und das Vereinigte Königreich), konzentrierte sich insbesondere auf die Jugendarbeitslosigkeit und Schulabbrüche. Die Quoten der Jugendarbeitslosigkeit pendelten zwischen 5,6 % in Österreich und Dänemark und 14,2 % in Polen. Die Quoten der Schulabbrüche lagen zwischen 4,2 % in Slowenien und 39,4 % in Portugal.

Während in der Slowakei und Polen Jugendliche weiterhin die Schule besuchen, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen (dieser Effekt der "discouraged workers", der entmutigten Arbeitnehmer, zeigt sich auch im Vereinigten Königreich), ziehen sie es in Italien, Spanien und auch Portugal vor, die Schule zu verlassen, sobald sich Chancen auf Arbeit ergeben, und zwar selbst dann, wenn diese Chancen unsicher sind und/oder in der Schattenwirtschaft existieren.

Armut unter Jugendlichen betrifft nicht nur diejenigen, die arbeitslos und von der Sozialhilfe abhängig sind, sondern zunehmend

auch junge Menschen mit Arbeit. Auf EU-Ebene ist die Armutsrate unter jungen Menschen höher als die allgemeine Durchschnittsrate (im Jahr 2001 19 % gegenüber 16 %) und reicht von 10 % in Slowenien bis 25 % in Italien. Insbesondere haben bei jungen Menschen in bestimmten Rahmen atypische Beschäftigungsformen (vor allem befristete Verträge und Teilzeitarbeit) zugenommen und betreffen weit mehr als die Hälfte der berufstätigen Jugendlichen (speziell in Finnland, Polen, Slowenien und Spanien). Besonders in nordeuropäischen Ländern ist dies meist auf eigene Entscheidungen der jungen Menschen zurückzuführen, doch in Mittel-, Ost und Südeuropa sehen sich Jugendliche eher dazu gezwungen, diese Arbeitsangebote anzunehmen, da sie sonst keine anderen Chancen haben. Nicht angemeldete Arbeit spielt in Griechenland und Italien ebenfalls eine große Rolle und wird auch in Mittel- und Osteuropa immer bedeutender.

Quellen: "A thematic study using transnational comparisons to analyse and identify what combination of policy responses are most successful in preventing and reducing high levels of child poverty" und "Thematic Study on Policy Measures concerning Disadvantaged Youth"

## Kleinstkredite für die soziale Eingliederung

**Wie können Kleinstkredite, die Entwicklung von Kleinstunternehmen und eine selbständige Erwerbstätigkeit Menschen helfen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind?**

Nach Angabe der Studie "Policy measures to promote the use of micro-credit for social inclusion" sind Kleinstkredite und damit zusammenhängende Förderprogramme für eine selbständige Erwerbstätigkeit ein Weg, Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, die gesellschaftliche Teilhabe durch die Selbständigkeit zu ermöglichen. Die oben genannte Studie hat Brücken und Hindernisse zwischen dem sozialen Wohlfahrtssystem, dem Unternehmens-/Beschäftigungssystem und dem Finanzsystem ermittelt. Diese integrative Ansicht sei "notwendig, um die Selbständigkeit und die Mikrofinanzierung zu wirksamen politischen Instrumenten zur sozialen Eingliederung zu machen".

Die Studie umfasst die folgenden acht Länder: die Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

### Hindernisse

Die Studie hat vier Haupthindernisse ermittelt, die Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, den Zugang zu Diensten für die Entwicklung der Selbständigkeit und eines Kleinstunternehmens behindern:

~ Hindernisse im Zusammenhang mit persönlichen Umständen: Fehlendes Selbstvertrauen als Folge einer Langzeitarbeitslosigkeit, fehlende Qualifikationen, gesundheitliche Hindernisse, Betreuungspflichten

usw.

~ Hindernisse im Vorfeld der Selbständigkeit: Das Risiko, ein geringes aber festes Einkommen zu verlieren, wie etwa Sozialleistungen ("Inaktivitätsfälle"), hohe Beiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung, die Notwendigkeit, einen Business Plan zu erstellen, um überhaupt Zugang zu finanziellen Mitteln zu erhalten, gesetzliche Anforderungen bei der Unternehmensgründung und Registrierung usw.

~ Hindernisse zwischen dem Sozialsystem und dem Unternehmens-/Beschäftigungssystem: Wenn Sozialleistungen höher ausfallen als die potenziellen Einnahmen aus einer selbständigen Tätigkeit oder einer Lohn- und Gehaltsbeschäftigung, schwindet der Anreiz, sich eine Tätigkeit zu suchen. Darüber hinaus gehen lohngebundene Leistungen, wie die Arbeitslosenversicherung und Renten, beim Umstieg in die Selbständigkeit verloren.

~ Hindernisse aufgrund schlechter Rückkehrstrategien der Unterstützungsprogramme: Die meisten Unterstützungsprogramme konzentrieren sich lediglich auf die Start-up-Phase und auf die so genannte "weiche" Unterstützung sowie auf die Einkommensunterstützung der Selbständigen.

### Brücken

Die Studie nennt sechs Faktoren, die das Potenzial von Kleinstkrediten und einer selbständigen Tätigkeit bestimmen:

~ Unternehmerischer Kontext: Wie unternehmerisch ist die Gesellschaft, und in welchem Maß werden Unternehmer unterstützt?

~ Politisches Umfeld für Kleinstunternehmen: Gibt es Maßnahmen, die die Selbständigkeit allgemein und insbesondere für sozial Ausgegrenzte fördern?

## Selbständige Erwerbstätigkeit in Rumänien

Rumänien erlebte in den letzten Jahren ein sehr hohes Wirtschaftswachstum, und das rumänische Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2004 um 5 %. Ein sehr hoher Prozentsatz - mehr als 39 % - der arbeitenden Bevölkerung Rumäniens ist selbständig, wobei viele Selbständige im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind.

Die komplexen gesetzlichen Regelungen des Landes stets einzuhalten, ist eine wahre Herausforderung. Diese Tatsache, in Kombination mit hohen Sozialabgaben seitens der Arbeitgeber, trägt dazu bei, dass Rumäniens Schattenwirtschaft blüht. Die Schattenwirtschaft könnte bis zu 49 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. In Rumänien gibt es praktisch kein soziales Sicherheitsnetz. Selbst Sozialleistungsempfänger müssen nebenher einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, um über die Runden zu kommen. Die offizielle Arbeitslosenrate ist mit 6,6 % niedrig, doch unter jungen und gut ausgebildeten Menschen herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit. Unterbeschäftigung ist ebenfalls ein Problem. Von ihr könnten bis zu 20 % der arbeitenden Bevölkerung betroffen sein. Die Roma haben, verglichen mit der Bevölkerung allgemein, eine zweimal so hohe Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Programme, die speziell auf sozial ausgegrenzte Menschen, wie etwa die Roma, ausgerichtet sind, um ihnen den Weg in die Selbständigkeit zu ebnet, scheinen praktisch nicht zu existieren.

- ~ Sozialhilfebrücke: Wie entwickelt ist das System, Arbeitslose zur Beschäftigung zu führen (einschließlich Selbständigkeit)?
- ~ Rechtlicher Rahmen für Mikrofinanzierung: Gibt es einen tragfähigen rechtlichen Rahmen für Mikrofinanzierungsdienste?
- ~ Finanzbrücke: Sind Finanzdienste für sozial ausgegrenzte Gruppen und Selbständige verfügbar?
- ~ Finanzierung und Unterstützung für die Anbieter von Kleinstkrediten: Werden Kleinstkredite durch direkte und nachhaltige Finanzierung getragen?

Die Studie ermittelte verschiedene Interessensgruppen oder Akteure, die zur Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen beitragen könnten, die Kleinstkredite als Instrument zur Finanzierung der Selbständigkeit fördern:

- ~ Arbeitsministerien und Arbeitsämter könnten politische Maß-

nahmen unterstützen, die im Falle von Arbeitslosen die Selbständigkeit als Alternative zur Lohn- und Gehaltsbeschäftigung fördern.

- ~ Auf Basis von Partnerschaften mit Mikrofinanzorganisationen könnten Banken eine neue Gruppe potenzieller Kunden ermitteln und testen.

~ Soziale Einrichtungen könnten die Selbständigkeit als Aktivierungsoption vorschlagen, die sich zum Teil selbst finanziert.

- ~ Unterstützungsorganisationen für Kleinstunternehmen und Finanzierung könnten die Verbindung zwischen den drei oben genannten Akteuren bilden und dafür Mittel erhalten.

Quelle: "Policy measures to promote the use of micro-credit for social inclusion"

## Die digitale Kluft

Die ersten Überlegungen zum Thema digitale Kluft konzentrierten sich auf die Unterschiede beim (häuslichen) Zugang zum Internet. Im November 2002 hatten 43 % der europäischen Haushalte einen Internetzugang. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Länder enthüllt Diskrepanzen, die von lediglich 14 % in Griechenland zu 68 % in den Niederlanden reichen.

Außer dem Vorhandensein eines Internetanschlusses gibt es viele beachtenswerte sozio-demografische Faktoren, wie etwa Einkommen, Bildungsstand, Geschlecht, Alter, beruflicher Status, ethnische Zugehörigkeit und Haushaltstyp (z.B. Alleinerziehendenhaushalt). Der Zugang zum Internet unterscheidet sich exakt, wie zu erwarten war: Je höher das Haushaltseinkommen, je jünger der Haushalt, je "westlicher" die Gesellschaft usw., desto häufiger gab es einen Internetzugang. Es kommt nicht überraschend, dass diese Variablen den Zugang zum Internet beeinflussen. Auf dieser Grundlage ergab sich das Argument, dass die digitale Kluft gar nicht so digital ist, sondern eher eine weitere Fassade der sozialen Ausgrenzung.

Quelle: "Thematic Study to Analyse Policy Measures to Promote Access to Information Technologies as a Means of Combating Social

## Zugang zur Kultur als grundlegendes Menschenrecht

**Der effektive Zugang zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran sind eine wesentliche Dimension einer integrativen Gesellschaft.**

**D**ie Eingliederung in kulturelle Aktivitäten ist häufig ein bedeutendes Instrument zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Die diesbezügliche Studie deutet an, dass vor allem finanziell und sozial benachteiligte Menschen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Immigranten und Flüchtlinge für kulturelle Ausgrenzung als besonders gefährdet gelten.

In den acht Mitgliedstaaten, die die Studie umfasste (Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich), wurden zahlreiche Initiativen ermittelt, angefangen von speziellem Sprachunterricht für Immigranten, über Theater- oder Tanzaufführungen zur Feier verschiedener Kulturen in der Schule bis hin zu Projekten, die das Ziel verfolgen, Beschäftigungsmöglichkeiten im Kultur- oder

Kreativsektor auszubauen. Dazu können Theater-Workshops, Ausbildungen im Bereich der digitalen Medien, die Einrichtung von Rap-Music-Zentren und lokale Gruppen für ältere Menschen, die sich mit Geschichte befassen, gehören.

Alle untersuchten Länder haben den Zugang zum Internet ausgeweitet und haben Bibliotheken und andere lokale Gemeinschaftseinrichtungen genutzt, um IKT-Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Vor allem für ältere Menschen ist dies oft sehr wichtig, da sie zu Hause seltener mit Computer und Internet umgehen und im Allgemeinen über weniger technisches Wissen für den Umgang mit den neuen Technologien verfügen.

### Eine geringe politische Priorität

Leider sind diese Initiativen außerhalb des geografischen Bereichs, in dem sie durchgeführt werden, häufig unbekannt. Diese Situation spiegelt bisweilen die mangelnde Motivation auf Regierungsebene wieder, das kulturelle Engagement als wichtiges

Instrument im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung aktiv zu fördern.

### **Kultur als Mittel zur Stärkung des Selbstvertrauens**

Da "Kultur" auf der politischen Prioritätenliste relativ niedrig eingestuft zu sein scheint, fehlt es an einer systematischen Verbindung oder einer kohärenten Politik zwischen den Ministerien. In mehreren der untersuchten Länder gab es keine zusammenhängenden Programme, die auf eine Verbindung von sozialer Eingliederung und Kultur abzielten. Begrenzte Finanzierung und kurzfristige Ziele und Initiativen werden als Hindernisse für eine breit angelegte Berücksichtigung der Rolle angesehen, die die Kultur im Kampf gegen soziale Ausgrenzung spielen kann.

Darüber hinaus beziehen sich die meisten "hochkarätigen" Kulturpolitiken vor allem auf bestehende Einrichtungen wie Kunstgalerien, Schutz des Kulturerbes, darstellende Künste, Bibliotheken, Museen und Einrichtungen für die Allgemeinheit; sie zielen weniger auf bestimmte Teile der Bevölkerung ab. Einfache Kontrollsysteme, die sich auf die Anzahl der Besucher oder Benutzer konzentrieren, verschleiern lediglich den fehlenden Zugang zu kulturellen Dienstleistungen und Aktivitäten für besonders benachteiligte Gruppen. Das kann auch zur Folge haben, dass Finanzierungen für Projekte, die mit Randgruppen arbeiten wollen, zur Erreichung nationaler Zieldaten fehlgeleitet werden.

### **Lokale Agenturen schneiden besser ab**

Das fehlende Bewusstsein für die positive Rolle der Kultur im Kampf gegen soziale Ausgrenzung scheint eher ein nationales als ein lokales Problem zu sein. Es gibt zahlreiche Beispiele von lokalen Agenturen, die beim Kampf gegen die vielschichtige Natur der sozialen Ausgrenzung zusammenarbeiten. Dies führte zu einer Kombination von verfügbaren Programmen, die sowohl Maßnahmen für den Sozialschutz, den Zugang zu ärztlicher Versorgung und zu Wohnraum wie auch die Förderung der Beteiligung an lokalen Kulturprojekten, Sportaktivitäten, Aus- und Fortbildung sowie Beschäftigung umfassten. Das Programm "Soziale Stadt" in Deutschland und das "Urban Renewal Programme" (Programm zur städtischen Erneuerung) im Vereinigten Königreich sind gute Beispiele hierfür.

Lokale Agenturen sind sich auch der Bedeutung der Kultur als Mittel zur Stärkung des Selbstvertrauens und der persönlichen Identität und zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung bewusst. Sie erkennen, dass die Kultur vielen Menschen den Weg zur Beschäftigung im Kultur- oder Kreativsektor wie auch in anderen Sektoren ebnet.

Quelle: "Report of a thematic study using transnational comparisons to analyse and identify cultural policies and programmes that contribute to preventing and reducing poverty and social exclusion"

## **Welche regionalen Indikatoren können Armut widerspiegeln?**

### **Eine neue Reihe von Indikatoren für Armut und Benachteiligung, die auf regionaler Ebene angewandt werden können.**

**D**ie Studie "Regional indicators to reflect social exclusion and poverty" nimmt die Laeken-Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung als Ausgangspunkt. Indikatoren für Armut, Benachteiligung und soziale Ausgrenzung haben natürlich eine bedeutende territoriale Dimension, und daher müssen regionale und lokale Unterschiede berücksichtigt werden.

Im Idealfall könnte man eine regionale Analyse für alle von den Indikatoren abgedeckten Felder vornehmen, wie etwa die Erstellung von Armutsraten nach NUTS-Regionen (\*), durch städ-

tisch-ländliche Klassifizierungen usw. Die Studie gelangt jedoch zu dem Schluss, "dass eine weitere Aufschlüsselung von Indikatoren aufgrund der begrenzten Daten nicht möglich und auch für sich allein genommen nicht ausreichend ist. [...] Es muss auch überlegt werden, ob zusätzlich zu den bestehenden Indikatoren, die in erster Linie für die Anwendung auf nationaler Ebene entwickelt wurden, ein Bedarf an regionsspezifischen Indikatoren besteht, die vorrangig regionale Aspekte erfassen."

### **Ein neues "Indikatoren-Paket"**

Die Studie schlägt daher die Entwicklung eines vielfältigeren "Indikatoren-Paketes" vor, um die Belange regionaler Politik und

## Die Laeken-Indikatoren

1. Niedrigeinkommensquote nach Sozialtransfers (60 % des Einkommensmittels (Median), aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, vorwiegendem Tätigkeitsstatus, Haushaltstyp und Art des Wohnungsbesitzes; als Beispiele die Werte für typische Haushalte);
  2. Einkommensverteilung (Einkommens-Quintil)
  3. Andauerndes Niedrigeinkommen
  4. Medianwert der Niedrigeinkommenslücke
  5. Regionaler Zusammenhalt
  6. Langzeitarbeitslosenquote
  7. In Arbeitslosenhaushalten lebende Personen
- 
8. Nicht in Weiterbildung oder Berufsausbildung befindliche Früh-Schulabgänger
  9. Lebenserwartung bei der Geburt
  10. Eigene Gesundheitswahrnehmung
  11. Streuung der Niedrigeinkommensquote um den Schwellenwert von 60 % des Median-Einkommens
  12. An einem Zeitpunkt festgeschriebene Niedrigeinkommensquote
  13. Niedrigeinkommensquote vor Sozialtransfers
  14. Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)
  15. Andauerndes Niedrigeinkommen (berechnet bei 50% des Schwellenwertes des Median-Einkommens)
  16. Langzeitarbeitslosenquote
  17. Sehr lange Arbeitslosigkeit
  18. Personen mit niedrigem Bildungsstand

Siehe:

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/social\\_inclusion/indicators\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/employment_social/social_inclusion/indicators_en.htm)

----->>>>

(\* Die Nomenklatur der statistischen Gebietseinheiten (Nomenclature of Territorial Units for Statistics, NUTS) unterteilt jeden Mitgliedstaat in eine ganze Zahl von NUTS-1-Regionen, die wiederum in eine ganze Zahl von NUTS-2-Regionen untergliedert werden usw.

Forschung zu berücksichtigen. Was die geografische Einheit anbelangt, sieht die Studie die NUTS-Regionen als die geeignetste Wahl an, vor allem, da es sich bei ihnen um die gängigsten Einheiten für die Formulierung und Umsetzung von Sozialpolitik handelt.

Neben dem "Armutsraten-Indikator", d.h. 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens, präsentiert die Studie eine Reihe von Indikatoren, die auf regionaler Ebene angewandt werden können:

~ Tendenz zur Armut - Nach Angabe der Studie besteht für jeden Einzelnen eine bestimmte Tendenz zur Armut oder zur Benachteiligung, die sich messen lässt;

~ Primäre nichtmonetäre Benachteiligung - Hiermit ist die mangelnde Fähigkeit gemeint, grundlegende Bedürfnisse zu stillen, zum Beispiel eine Woche Urlaub im Jahr, die nicht zu Hause verbracht wird, der Kauf von neuer anstatt von gebrauchter Kleidung, der Verzehr von Fleisch/Geflügel oder Fisch jeden zweiten Tag, wenn der Haushalt dies wünschen sollte, usw.

~ Sekundäre nichtmonetäre Benachteiligung - hiermit ist der akute Mangel an gewünschtem Besitz gemeint, wie etwa einem Auto, einer Mikrowelle, einem Farbfernseher usw.

~ Mangel an grundlegenden Wohneinrichtungen - Diese Indikatoren beziehen sich auf nicht vorhandene Haushaltseinrichtungen, wie etwa ein Bad oder eine Dusche, ein WC im Wohnbereich, fließendes warmes Wasser.

~ Verfall des Wohnraums - Diese Indikatoren beziehen sich auf ernste Probleme mit dem Wohnraum: undichte Dächer, feuchte Wände, Böden, Fundamente usw.

~ Probleme mit dem Umfeld - Diese Indikatoren beziehen sich auf Probleme mit den Nachbarn und dem sozialen Umfeld: Platzmangel, Lärm, der von den Nach-

barn oder von draußen kommt, Wohnung zu dunkel/zu wenig Licht; Verschmutzung, Dreck oder weitere Probleme mit dem Umfeld aufgrund des Straßenverkehrs oder der Industrie.

### Einige Daten für die EU der 15 Mitgliedstaaten

Die riesigen Unterschiede innerhalb der italienischen Regionen sind besonders bemerkenswert. Regionen in Nord- und Mittelitalien befinden sich unter den oberen 20 % der NUTS-1-Regionen der EU der 15 Mitgliedstaaten mit den niedrigsten Armutsraten; im Gegensatz dazu gehören die süditalienischen Regionen zu den unteren 20 % der Regionen mit den höchsten Armutsraten, zusammen mit zwei spanischen NUTS-1-Regionen (Centro und Sur) und drei britischen NUTS-1-Regionen (Yorkshire and Humberside, East Midlands und West Midlands).

Betrachtet man die allgemeinen nichtmonetären Benachteiligungsquoten, zeigt sich, dass die NUTS-1-Regionen mit den größten Ungleichheiten faktisch auch die größten Ungleichheiten beim monetären Einkommen aufweisen. Portugal und Griechenland (alle Regionen zusammengefasst), Südspanien und Süditalien haben die höchsten Benachteiligungsquoten (wobei die Kanarischen Inseln mit 34 % den Höchstwert erreichen). Die NUTS-1-Regionen mit den niedrigsten Quoten liegen ausnahmslos in Deutschland. Zu beachten ist, dass die Studie nur wenige Daten für die neuen Mitgliedstaaten präsentiert, da für diese Länder kaum gemeinsame Indikatoren verfügbar sind.

Quelle: "Regional indicators to reflect social exclusion and poverty", Universität Siena



## NACHRICHTEN AUS NORWEGEN

### Nach Kuwait das zweitreichste Land der Welt !

Nichtsdestotrotz sind viele Menschen in Norwegen finanziell und sozial ausgegrenzt ...

Seit dem Jahr 2002 nimmt die norwegische Regierung im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft am Prozess der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung teil. Im gleichen Jahr veröffentlichte die Regierung ihren "Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut".

#### Beschäftigung

In Norwegen beträgt die Beschäftigungsquote mehr als 73 %. Zahlen für 2005 geben jedoch an, dass 700 000 Menschen (also 15 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter) außerhalb des Arbeitsmarktes stehen. Es fehlen 350 000 Jobs für jene Gruppen, die an verschiedenen "Aktivierungsprogrammen" des Arbeitsmarktes oder Maßnahmen teilnehmen, die darauf abzielen, ihnen den Wiedereinstieg in die Arbeit zu ermöglichen.

#### Armut in aktuellen Zahlen

Legt man die EU-Definition (60 % des nationalen Einkommensmittelwertes) über einen Zeitraum von drei Jahren zugrunde, so sind etwa 360 000 Menschen von Armut betroffen (was 7,8 % der Bevölkerung entspricht). Die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten hat sich vergrößert, und im Zeitraum 1999-2003 erhöhte sich die Armutsrate um 36 %. Unter den von Armut betroffenen Menschen sind 5 200 obdachlos.

#### Künftige Reformen und Aktionen

Seit Anfang der 1990er-Jahre haben Armutsbekämpfungsgruppen und das Sozialbündnis (siehe nächste Seite) viel Lobbyarbeit geleistet, um die Forderungen nach Reformen des sozialen Bereichs zu unterstützen. Eine Forderung besteht in einer Umstrukturierung des sozialen Bereichs zugunsten dieser Armutsbekämpfungsgruppen und in der Einrichtung einer einzigen Verwaltungsstelle, die den Menschen bei der Arbeitssuche und der Erlangung von Renten und Sozialleistungen hilft ("One Shop Stop"), was für solche Gruppen besonders wichtig ist.

Im Zeitraum  
1999-2003 erhöhte  
sich die Armutsrate  
um 36 %

In diesem Sommer werden zum ersten Mal neue Verwaltungsstellen (neue Arbeits- und Sozialverwaltung - NAV) ihre Pforten öffnen. Innerhalb der nächsten vier

Jahre werden diese Verwaltungsstellen in jeder Gemeinde eingerichtet. Das EAPN Norwegen war Teil der zentralen Gruppe, die mit der Planung dieses Prozesses beauftragt war, und hat speziell dazu beigetragen, die Ansichten der Betroffenen sowohl auf individueller Ebene als auch auf Ebene der Systemreform hervorzuheben.

#### Der Weg ist noch weit ...

Aber der Weg ist noch weit, und da Norwegen über kein Mindesteinkommenssystem verfügt, sollte für das Land ein Mindesteinkommensstandard definiert werden. So obliegt es zum Beispiel den einzelnen Gemeinden, die Höhe der Sozialleistungen

### Norwegen und die EU: Eine lange Geschichte

Norwegens Beziehungen zur EU werden hauptsächlich vom Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bestimmt. Das EWR-Abkommen trat am 1. Januar 1994 in Kraft und weitet die Rechtsvorschriften des Binnenmarktes, mit Ausnahme der Bereiche Landwirtschaft und Fischerei, von den EU-Mitgliedstaaten auf Norwegen, Island und Liechtenstein aus.

Trotz zwei gescheiterter Referenden für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1972 bzw. zur Europäischen Union im Jahr 1994, kam in den letzten Jahren im Rahmen der innenpolitischen Debatte in Norwegen immer wieder die Frage auf, ob das Land sich erneut um eine EU-Mitgliedschaft bewerben sollte. Die Regierung Stoltenberg, die seit dem 17. Oktober 2005 in Amt ist, hat jedoch verlautet, dass sie während ihrer Amtszeit keinen Antrag auf eine norwegische EU-Mitgliedschaft stellen werde.

Norwegen ist eng mit der Lissabonner Strategie verbunden, da das Land durch das EWR-Abkommen entsprechende EU-Rechtsvorschriften übernommen hat. Unter der offenen Methode der Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten wird Norwegen als Nichtmitglied jedoch nicht formal in diesen Prozess miteinbezogen.

Quelle: EK

festzulegen. Aus diesem Grunde fordert das EAPN Norwegen ein garantiertes Mindesteinkommen, das vom Staat und nicht, wie es gegenwärtig der Fall ist, von den lokalen Behörden finanziert wird. Die Regierung ist über solche Forderungen nicht besonders glücklich, doch nach Ansicht des EAPN Norwegen bedeutet die Beseitigung der Armut auch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Menschen, die am Rande stehen.

### Im Zeitraum 1999-2003 erhöhte sich die Armutsrate um 36 %

Doch der Weg ist wie gesagt noch weit, da die Forderungen nach einem garantierten Mindesteinkommen bisher auf kein positives Echo stießen. Wenn die norwegische Dreiparteienregierung ihr

Versprechen, die Armut zu beseitigen, wirklich ernst meint, so ist die Einführung eines Mindesteinkommenssystems nach Meinung des EAPN Norwegen ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Das norwegische Sozialsystem darf nicht auf Wohltätigkeitsprinzipien beruhen, sondern muss darauf basieren, dass ein jeder das Recht auf ein Leben in Würde hat.

Leiv Mørkved

Vorsitzender EAPN Norwegen / Sozialbündnis

## EAPN Norwegen, ein Partnernetzwerk

**B**eim EAPN Norwegen bzw. dem Sozialbündnis handelt es sich um ein Partnernetzwerk von Organisationen, Vereinigungen und Aktionsgruppen, dessen Ziel Hilfe und Unterstützung für wirtschaftlich, sozial und rechtlich benachteiligte Gruppen in Norwegen ist. Das Netzwerk wurde am 6. März 1998 gegründet.

**Geschichte:** Vor 1998 traten einige Gruppen nur gelegentlich zusammen, wobei jedoch bereits 1996-97 gemeinsame Projekte eingerichtet wurden, die zu dem Forschungsbericht "Auf der Suche nach dem vierten Sektor" führten, der sich mit dem neuen Trend zu Selbsthilfegruppen befasste. 1997 wurde außerdem während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen eine Protestaktion unter dem Slogan "Es reicht" organisiert.

Seither haben die Mitgliedsorganisationen enger zusammengearbeitet und verschiedene Aktivitäten koordiniert, die darauf abzielen, Armut in Norwegen sichtbar zu machen, wie etwa mit Hilfe von Medienarbeit, Lobbying, Diskussio-

nen zwischen den Mitgliedsorganisationen usw. Aktuell besteht das Netzwerk aus 24 Mitgliedsorganisationen mit etwa 45 000 Mitgliedern.

**Ziele:** Die Hauptziele bestehen darin, Armut zu beseitigen, eine stärkere Teilhabe der Betroffenen zu gewährleisten und die Arbeitsbedingungen der Mitgliedsgruppen zu verbessern.

**Arbeitsmethoden:** Grundlage ist die Idee der nachhaltigen sozialen Entwicklung und ein Bottom-up-Ansatz, der darauf abzielt, den Stimmen der Mitglieder Gehör zu verschaffen.

Die Mitgliedsorganisationen unterstützen Arbeitssuchende, Mieter, Alleinerziehende, Arbeitsplatzschaffer, Haushalte mit Kindern, die von Armut betroffen sind, Eltern von Kindern mit Behinderungen, Unterstützungsempfänger und/oder Personen in einer Ausbildung, Sträflinge, Einwanderer, ehemalige Drogenabhängige usw.

Die Rolle des EAPN Norwegen besteht darin, Lobbyarbeit zu leisten und

## Sozialhilfe in Norwegen

Im Jahr 2004 erhielten die 132 100 Sozialhilfeempfänger insgesamt 4,9 Milliarden NOK (630 Millionen Euro), was pro Person fast 7 100 NOK pro Monat entspricht (910 Euro). Im Durchschnitt bezog ein Sozialhilfeempfänger fünf Monate lang Leistungen.

[http://www.ssb.no/english/subjects/03/04/30/soshjelpk\\_en/fig-2005-09-08-03-en.html](http://www.ssb.no/english/subjects/03/04/30/soshjelpk_en/fig-2005-09-08-03-en.html)  
Zwar war die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Jahr 2004 rückläufig, doch blieb ihr Anteil an der Bevölkerung (Gesamtbevölkerung: 4,6 Millionen) in etwa der Gleiche wie in den vergangenen fünf Jahren, nämlich 3 %. Viele Sozialhilfeempfänger haben Kinder und einen Ehepartner. Wenn diese noch hinzugerechnet werden, erhielten 2004 etwa 218 000 Personen über einen kürzeren oder längeren Zeitraum Sozialhilfe. Die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger hat sich in den letzten Jahren kaum verändert: Die meisten Leistungsempfänger sind zwischen 30 und 39 Jahren alt. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stellen die 20- bis 24-Jährigen jedoch die größte Altersgruppe.

Ende 2004 gab es bei den Sozialdiensten 5 395 Stellen. Diese Zahl schließt nur die Stellen im Zusammenhang mit traditionellen Sozialdienstleistungsaufgaben ein, wie etwa Beratungen, Konsultationen, präventive Arbeit

Kontakte zwischen den Mitgliedsorganisationen, Politikern, der Regierung und den verschiedenen Einrichtungen zu koordinieren sowie an Arbeitsgruppen teilzunehmen, die die Interessen der Mitgliedsorganisationen unterstützen, d.h. eine stärkere Teilhabe der Betroffenen fördern. Das Hauptziel, für das das EAPN Norwegen seit mehr als zehn Jahren Lobbyarbeit betreibt, ist die Einführung eines Mindesteinkommenssystems in Norwegen, das auf Forschungen und dem Standardbudget für Haushalte beruhen würde, das vom Nationalen Institut für Verbraucherforschung entwickelt wurde. Dies bedeutet, dass eine Einzelperson mindestens

10 000 Euro im Jahr benötigt, nach Abzug der Kosten für Strom und Miete. Laut der EU-Definition (60 % des nationalen Einkommensmittelwertes) beträgt die Armutsgrenze für eine Einzelperson in Norwegen 16 000 Euro im Jahr.

Rolf Solvang  
Mitglied des Verwaltungsrates von EAPN Norwegen und der norwegischen Straftäter-Organisation SON.

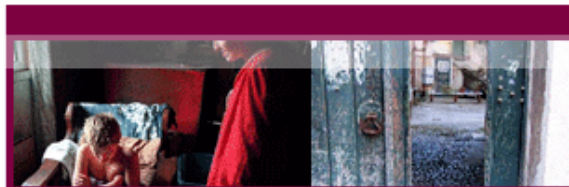
Kontakt EAPN Norwegen: Leiv Morkved: [leiv@velferdsalliansen.no](mailto:leiv@velferdsalliansen.no)

und Arbeit mit Drogenabhängigen. Werden Stellen im Zusammenhang mit Arbeitsschaffungsprogrammen einbezogen, steigt die Zahl auf 6 084. Zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken bestehen nach wie vor große Unterschiede, doch betrug 2004 das durchschnittliche Verhältnis von Angestellten auf 1 000 Erwachsene (Personen über 18 Jahre) 1,7 Vollzeitmitarbeiter für 1000 Erwachsene.

Quelle: Norwegisches Amt für Statistik

Die in dieser Ausgabe vorgestellten Studien sind erhältlich unter:

[http://ec.europa.eu/comm/employment\\_social/social\\_inclusion/studies\\_en.htm](http://ec.europa.eu/comm/employment_social/social_inclusion/studies_en.htm)



The reference portal  
on poverty and social exclusion  
in Europe

*Nachrichten aus dem Netz* möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortl. Veröffentlichung:

Vincent Forest

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel

Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail: [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung**

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.